

TIM GEIGER

Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft

Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Ludwig Erhard war kein Freund der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Viel wichtiger als der Gemeinsame Markt der Sechs war ihm die Errichtung einer das ganze freie Europa umfassenden Großen Freihandelszone. Die folgenden historischen Betrachtungen lassen sich von dieser Schwerpunktsetzung des Bundeswirtschaftsministers leiten. Die Ausführungen über Erhards Europavorstellungen gliedern sich folglich in zwei Abschnitte. Im ersten Teil soll Erhards Einflußnahme auf die Entstehung des EWG-Vertrages betrachtet werden. Da Erhard die Römischen Verträge keinesfalls als Abschluß der europäischen Integrationsbemühungen ansah, gilt es darüber hinaus in einem zweiten Abschnitt Erhards Bemühungen um die Schaffung einer die EWG überwölbenden Freihandelszone in Augenschein zu nehmen.

1) *Ludwig Erhard und die Entstehung des EWG-Vertrages (1955 -1957)*

Die Idee eines gemeinsamen Marktes und einer Zollunion der sechs Montanunionstaaten bildete den Kern des neuen europapolitischen Anlaufs, der nach der Messina-Konferenz vom Juni 1955 Gestalt anzunehmen begann. Ludwig Erhard hielt diesen Ansatz für verfehlt. Zwar begrüßte er die geplante engere Zusammenarbeit und Liberalisierung innerhalb der Sechser-Gemeinschaft, doch hielt er den eingeschlagenen Weg zur Erreichung dieses Zieles für falsch. Einer Zollunion wohne, so der Bundeswirtschaftsminister, stets eine Tendenz zur Abschottung nach außen inne. Dies führe zu einer gefährlichen Zerstückelung der Märkte. In Erhards Denken war jedoch kein Platz für Regionalismus oder engstirnigen Nationalismus. Er war, was man heute einen global denkenden Politiker nennen würde. Seine Vision galt einem von autarken, isolationistischen und protektionistischen Tendenzen befreiten Welthandel in einer offenen internationalen Gesellschaft¹. Gerade die Exportnation

1 Vgl. *Lukomski, Jess M.*: Ludwig Erhard. Der Mensch und Politiker. Düsseldorf u.a. 1965, S. 169; *Lappenküper, Ulrich*: »Ich bin wirklich ein guter Europäer.« Ludwig Erhards Europapolitik 1949 – 1966. In: *Francia* 18/3 (1991), S. 85 – 121 (87); *Hildebrand, Klaus*: Ludwig Erhards Kanzlerschaft. In: *Ludwig Erhard und seine Politik. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung*, Bd. 13. Stuttgart, New York 1985, S. 43 – 59 (S. 52); *Guth, Wilfried*: Euro-

Bundesrepublik bedurfte nach Erhard, aber auch nach Ansicht zahlreicher Vertreter aus Industrie und Handel, eines möglichst offenen und umfassenden Marktes. 1955 wickelte die Bundesrepublik nur rund ein Viertel ihres Außenhandels mit den Ländern der Sechsergemeinschaft ab². Erhard nahm an, die Negativfolgen eines gemeinsamen höheren Außenzolles könnten die positiven Effekte einer Liberalisierung im Binnenmarkt der Sechs übertreffen. Zudem befürchtete er, in einer auf die sechs Staaten der Montanunion beschränkten Wirtschaftsgemeinschaft könne Frankreichs antiliberalistische Tradition einer ›économie programmé‹ auch in der Bundesrepublik zu staatlichem Dirigismus führen. Dieselbe Gefahr sah er von supranationalen Institutionen ausgehen, die er darum entschieden ablehnte.

Dies mußte zwangsweise zu Konflikten mit Anhängern der »institutionellen Integrationsmethode«, wie etwa Außenminister Heinrich von Brentano, dessen Staatssekretär Walter Hallstein oder dem Vizepräsidenten der Montanunion, Franz Etzel, führen. Diese waren überzeugt, daß Europa nur geschaffen werden könne, wenn die Politik klar eine Schrittmacherfunktion übernehme und gemeinsame Institutionen schaffe, die ihrerseits das Zusammenwachsen Europas vorantreiben würden. Für Erhard und andere Vertreter einer »funktionalen Integration« war wirtschaftliche Kooperation als eine Folge von oben gesetzten supranationalen Institutionen dagegen unvereinbar mit einer liberalen Wirtschaftsordnung³. Sie plädierten für eine umgekehrte Reihenfolge. Gemeinsame Institutionen müßten Folge, nicht Vorbedingung einer Annäherung und zunehmend intensiveren Kooperation der verschiedenen nationalen Volkswirtschaften sein. Eine wahre europäische Integration bedürfe

päische Integration und Soziale Marktwirtschaft. In: *Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Ludwig Erhard 1897 – 1997. Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertung und Ausblick. Die Festschrift zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard. Düsseldorf 1996, S. 441 – 464 (S. 443).*

2 Vgl. *Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer 1949 – 1957. Die Gründungsjahre der Republik. Stuttgart, Wiesbaden 1981, S. 341; Loth, Winfried: Deutsche Europa-Konzeptionen in der Gründungsphase der EWG, In: Serra, Enrico (Hrsg.): Il rilancio dell' Europa e i Trattati di Roma, Milano 1989, S. 585 – 605 (594 f.).*

3 Zum Streit zwischen »Institutionalisten« und »Funktionalisten« siehe *Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Baden-Baden 1982, S. 64 ff., insbes. S. 112; Ders.: Zollunion oder Freihandelszone? Zur Kontroverse über die Handelspolitik Westeuropas in den fünfziger Jahren, in: Berding, Helmut (Hrsg.): Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 295-308 (298 ff.); Enders, Ulrich: Integration oder Kooperation? Ludwig Erhard und Franz Etzel im Streit um die Politik der europäischen Zusammenarbeit 1954 – 1956. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 143 – 171 (147 ff.); Lappenküper: Erhards Europapolitik, S. 85 ff.; Grundlegend für Erhards Verständnis einer »funktionalen Integration« *Erhard, Ludwig: Europäische Einigung durch funktionale Integration. Rede vor dem Club ›Les Echos‹, Paris, 7. Dezember 1954. In: Ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Hrsg. von Karl Hohmann. Düsseldorf u.a. 1988, S. 417 – 424 sowie seine private Studie vom März 1955 »Gedanken zu dem Problem der Kooperation oder der Integration.« Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung (AdLES) NE I 1 bzw. Bundesarchiv Koblenz (BAK) B 136/1310.**

nicht primär der Delegation nationaler Souveränität auf eine supranationale Behörde, sondern einer gemeinsamen, von allen Beteiligten getragenen Überzeugung. Ein solches inneres Ordnungsgefüge sei etwa der Glaube an einen aus den Fesseln protektionistischer und diskriminierender Praktiken gelösten Freihandel. Einer freiwillig eingegangenen Verpflichtung auf gemeinsame Ordnungselemente komme ein solch starkes moralisches Gewicht zu, daß sie letztlich einer festen Bindung gleichkomme.

Um den schwelenden Streit über den weiteren Fortgang der bundesdeutschen Europapolitik zu beenden, versammelten sich die Kontrahenten aus dem institutionalistischen und funktionalistischen Lager im abgeschiedenen Landhaus von Erhards engem Mitarbeiter, Ministerialdirektor Alfred Müller-Armack, der zu beiden Seiten freundschaftliche Kontakte pflegte, in Eicherscheid bei Münstereifel⁴. Dem in den »Eicherscheider Beschlüssen« erreichten Kompromiß, der zur Verhandlungsgrundlage der deutschen Messina-Delegation wurde⁵, stimmte Erhard prinzipiell zu. Im weiteren Verlauf distanzierte er sich jedoch wieder von seiner Zusage, das Projekt im weiteren Verlauf zu unterstützen. Dies war insgesamt eine für den Bundeswirtschaftsminister nicht untypische Vorgehensweise. In harten Verhandlungen pflegte Erhard bisweilen Zugeständnisse zu machen, die er dann anschließend wieder zugunsten seiner ursprünglich vertretenen Position zurücknahm, was Freunde und Gegner gleichermaßen verwirren konnte⁶.

In Reden im In- und Ausland äußerte Erhard jedenfalls weiterhin Bedenken gegen das Messina-Projekt. Der Bundeswirtschaftsminister war keineswegs der einzige, wohl aber der profilierteste Kritiker⁷. International wuchsen jedenfalls Zweifel am weiteren europäischen Integrationswillen der soeben erst in die Souveränität entlassenen Bundesrepublik. Mit einem Schreiben an die Bundesminister vom 19. Januar 1956⁸ versuchte Bundeskanzler Adenauer daher ein klares Bekenntnis zum Messina-Beschluß als Richtlinie deutscher

4 Vgl. die Berichte der Teilnehmer *Müller-Armack, Alfred: Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke.* Tübingen 1971, S. 99 ff. und *Groebe, Hans von der: Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert. Erlebnisse und Betrachtungen von Hans von der Groeben.* Baden-Baden 1995, S. 273 f.; ferner die Darstellung bei *Küsters: Gründung der EWG*, S. 116 ff.; *Enders: Integration oder Kooperation*, S. 150 f.

5 Abdruck des Memorandums der deutschen Messina-Delegation in *Krämer, Hans-R.* (Hrsg.): *Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Texte zu ihrer Entstehung und Tätigkeit.* Frankfurt a.M., Berlin 1965, S. 95 f.

6 *Müller-Armack: Weg nach Europa*, S. 112; siehe auch *Koerfer: Kampf ums Kanzleramt*, S. 137.

7 Kritische Stimmen zum Projekt des Gemeinsamen Marktes kamen ferner aus den Bundesministerien für Landwirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und anderen Wirtschaftsverbänden. Vgl. *Bührer, Werner: Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren.* In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 40/2 (1992), S. 241 – 261 (S. 257 f.) bzw. den Beitrag von *Wolfram Kaiser* in dieser Festgabe. Auch EURATOM, das andere europapolitische Integrationsvorhaben, stieß auf weitgehende Ablehnung im Bundesministerium für Atomfragen.

8 Wiedergegeben in *Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955 – 1959.* Stuttgart 1969, S. 253 – 255.

Politik durchzusetzen. Eventuell vorhandene fachliche Bedenken müßten der höheren politischen Zielsetzung untergeordnet werden.

Adenauers Bemühungen um eine Disziplinierung des Bundeskabinetts blieb jedoch ein dauerhafter Erfolg versagt. Erhard redete weiterhin gegen das in seinen Augen verfehlte Projekt der »Europa-Romantiker« an⁹.

»Jene monomane Haltung, die alles gutheißt, was nur überhaupt »europäisch« verbrämt werden kann«, so schrieb Erhard dem Bundeskanzler, führe zu »keiner wahrhaft europäischen Lösung und Befriedung.« Darum habe er Adenauers »Integrationsbefehl« beklagt, der leider auch jene Teillösungen gutheißt, »die im Effekt nicht zu einer echten Integration, sondern zu einer Aufspaltung und Zerfransung der Volkswirtschaft führen«. Wirtschaftliche Fehler und Sünden würden aber nicht dadurch geheilt, daß man sie lediglich europäisch proklamiere¹⁰. Der solchermaßen kritisierte Bundeskanzler antwortete mit einer scharfen Zurechtweisung seines Wirtschaftsministers und stellte noch einmal die politische Notwendigkeit der weiteren europäischen Integration dar:

»Sie schlagen in Ihrem Antwortbrief zuweilen einen Ton an, den ich nicht mehr von Ihnen angeschlagen sehen möchte. [...] Ihre Ausführung liegen neben der Sache. Die europäische Integration war das notwendige Sprungbrett für uns, um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen. Europäische Integration ist auch um Europas willen und damit unseretwillen notwendig. Europäische Integration ist aber vor allem notwendig, weil die Vereinigten Staaten sie als Ausgangspunkt ihrer ganzen Europapolitik betrachten und weil ich genau wie Sie die Hilfe der Vereinigten Staaten als absolut notwendig für uns betrachte. Ich bin der Auffassung, daß wir einen »gemeinsamen Markt« haben müssen. Er wird in Etappen und stückweise kommen müssen. Aber die Richtung dieses Ziels muß uns immer vor Augen bleiben. Den Ausdruck »Integrationsbefehl« hätten Sie besser unterlassen.«¹¹

Die Federführung bei den Brüsseler Regierungsverhandlungen lag beim Außen-, nicht beim Wirtschaftsministerium¹². Bei der Personalentscheidung über die Besetzung des von deutscher Seite zu stellenden Leiters der Brüsseler Arbeitsgruppe »Gemeinsamer Markt« hatte Erhard nicht den ihm gedanklich nächststehenden Müller-Armack gegen Hans von der Groeben als Exponent einer integrationsfreundlichen Gruppierung innerhalb des Bundeswirtschaftsministeriums durchsetzen können¹³. So blieb Erhards Einfluß auf den weiteren Fortgang der Integrationsverhandlungen zunächst beschränkt.

9 Vgl. Brief Erhards an Adenauer, 27.04.1956, in AdLES NE I(4). Sich selbst verstand Erhard dagegen als »Realisten einer Integrationspolitik«.

10 Vgl. Schreiben Erhards an Adenauer, 11.04.1955, in AdLES NE I I(4).

11 Brief Adenauers an Erhard, 13.04.1956, in AdLES NE I(4).

12 Zum Kompetenzstreit zwischen BMWi und AA vgl. *Küsters*: Gründung der EGW, S. 274; *Müller-Armack*: Weg nach Europa, S. 111.

13 Vgl. *Groeben*: Deutschland und Europa, S. 279 f.

Im Herbst 1956 glaubte der Bundeswirtschaftsminister jedoch die Chance gekommen, das ganze Projekt doch noch in eine seinen Vorstellungen entsprechende Richtung lenken zu können. Am 20. September 1956 präsentierte Maurice Faure, der französische Delegationsleiter im Ausschuß ›Gemeinsamer Markt‹, neue Forderungen. Unter anderem wurde eine »soziale Harmonisierung« verlangt, das hieß konkret, eine weitgehende Übernahme des als besonders fortschrittlich angesehenen französischen Sozialleistungssystems, darüber hinaus Schutzklauseln bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Ausfuhrbeihilfen und ein faktisches Vetorecht beim Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes. Diese neuen protektionistischen Forderungen aus Paris stürzten die Brüsseler Verhandlungen in eine schwere Krise¹⁴.

Erhard sah seine pessimistischen Vorahnungen bestätigt. Ein Eingehen auf die französischen Forderungen, so schrieb Erhard an Adenauer und seine Kabinettskollegen, sei nicht möglich. Europa sei nicht gedient, wenn man das volkswirtschaftliche Wissen taktischer Rücksichtnahme opfere und zu allen französischen Wünschen »vorbehaltlos Ja und Amen« sage. Die Forderung nach sozialer Harmonisierung treibe das Kosten- und damit das Preisniveau in die Höhe. Auf diese Weise werde Frankreich die Inflation in andere Mitgliedsländer exportieren. Angesichts zahlreicher Ausweichklauseln drohe Frankreich weiterhin mehr außerhalb denn innerhalb des Gemeinsamen Marktes zu stehen. Die übrige Welt werde schneller als die Sechs auf dem Weg der Liberalisierung und des Zollabbaus fortschreiten. Die Integration jener Sechs könne dann zu einer Insel der Desintegration in einer mittlerweile freier gewordenen Welt werden. Deutschland, dessen materielle Lebensgrundlagen nur »durch die innigste und freieste Verbindung mit allen Weltmärkten gesichert« werde, könne einem solchermaßen einengenden Vertragswerk »unmöglich zustimmen, wenn es sich und seine Zukunft nicht selbst preisgeben will.« Notfalls müsse Deutschland ein Ende des Messina-Projektes riskieren. Schlimmer als ein solches Scheitern »wäre ein mißlungener praktischer Versuch, der die europäische Idee endgültig erdrücken müßte.«¹⁵

Sehr gelegen kam Erhards Vorstellungen, daß Großbritannien zur gleichen Zeit eine große Europäische Freihandelszone zwischen dem Vereinigten Königreich, der Zollunion der Sechs und anderen teilnahmewilligen OEEC-Ländern vorschlug¹⁶. Dieser Plan entstand in erster Linie aus der Furcht, vom

14 Zusammenstellung der französischen Forderungen in BAK B 102/1216-2 bzw. B 136/1313.

15 Vgl. Brief Erhards an Adenauer, 25.09.1955, in AdLES NE I 1(4 sowie einen weitgehend gleichlautenden Brief Erhards an die Bundesminister, in BAK B 102/11580-5.

16 Vgl. Erklärung des britischen Schatzkanzlers Harold Macmillan vor dem Unterhaus, 03.10.1956, in *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Hrsg.): Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung. Bd. 3, München 1962, S. 1454 ff.; Bereits im Juli 1956 hatte Großbritannien über den Generalsekretär der OEEC den Plan für eine Freihandelszone lancieren lassen. Zur Haltung Großbritanniens siehe *Macmillan, Harold: Riding the Storm*,

kontinentaleuropäischen Markt ausgeschlossen zu werden, und war klar auf britische Interessen hin konzipiert. So sollte die Freihandelszone beispielsweise auf industrielle Güter beschränkt bleiben. Ein Einbezug der Landwirtschaft war nicht geplant. Auch sollte das Commonwealth-Präferenzsystem unangetastet bleiben. Kurz, mit diesem Projekt versuchten die Briten für sich maximalen wirtschaftlichen Gewinn herauszuschlagen, ohne zu politischen und wirtschaftlichen Gegenleistungen bereit zu sein. Dennoch unterstützte Erhard diese Vorschläge. Ohnehin fühlte sich der Bundeswirtschaftsminister den britischen Ökonomen Adam Smith und Richard Cobden mit ihren Vorstellungen eines freien Handels verbundener als der französisch-merkantilistischen Tradition. Das britische Projekt entsprach in vielen Punkten Erhards europapolitischen Auffassungen, etwa mit der Schaffung eines weiten, das ganze freie Europa umfassenden europäischen Marktes, mit der klaren Absage an supranationale Tendenzen und Institutionen und mit dem gemeinsamen Ordnungsprinzip des freien Handels.

Mit seiner Forderung, angesichts der britischen Vorschläge die kommende Außenministerkonferenz im Sechser-Rahmen zu verschieben, konnte sich Erhard jedoch nicht durchsetzen. Adenauer und Staatssekretär Hallstein vom Auswärtigen Amt wiesen zu Recht darauf hin, daß der britische Vorschlag in erster Linie eine Konsequenz der bisherigen Brüsseler Verhandlungserfolge sei. Das Kabinett sprach sich letztlich dafür aus, das Freihandelszonen-Projekt zu unterstützen, aber gleichzeitig die Brüsseler Verhandlungen mit Entschlossenheit fortzuführen¹⁷.

Die Pariser Außenministerkonferenz vom 20./21. Oktober 1956 endete jedoch, wie es Karl Carstens, damals Leiter der Unterabteilung für Europafragen im Auswärtigen Amt, formulierte, »mit einem völligen Fehlschlag«¹⁸. Erhard war über diese Entwicklung nicht unglücklich. Wie im Gespräch mit Hans von der Groeben während der nächtlichen Rückfahrt nach Bonn deutlich wurde, hielt Erhard den Gemeinsamen Markt für gescheitert. Generös versprach der Wirtschaftsminister dem mit diesem Band zu ehrenden Jubilar, ihm sein Engagement für das ungeliebte Projekt nicht für die Zukunft zu veraragen¹⁹.

1956 – 1959. London 1971; *Kaiser, Wolfram*: Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1955 – 1961. Von Messina nach Canossa. Berlin 1996, S. 68 ff.; *Ellison, James*: Perfidious Albion? Britain, Plan G and European Integration 1955 – 1956. In: *Contemporary British History* 10 (1996), H. 4, S. 1 – 34; *Camps, Miriam*: Britain and the European Community, 1955 – 1963. Princeton/ London 1964, S. 93 ff.; *Kaiser, Karl*: EWG und Freihandelszone. England und der Kontinent in der europäischen Integration. Leiden 1963, S. 61 ff.

17 Vgl. Kurzprotokoll der Kabinettsitzung vom 5. Oktober 1955, in BAK B 102/11580/5.

18 *Carstens, Karl*: Das Eingreifen Adenauers in die Europa-Verhandlungen im November 1956. In: *Blumenwitz, Dieter* u.a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 1., Stuttgart 1967, S. 591 – 602 (S. 594).

19 Vgl. *Groeben*: Deutschland und Europa, S. 282.

Schon in Paris hatte Erhard bei einer abendlichen Besprechung innerhalb der deutschen Delegation vorgeschlagen, die bisherigen Planungen auf eine völlig neuartige Grundlage zu stellen und einen neuen knappen Vertrag mit 15 Artikeln zu entwerfen, der nur einen allgemeinen Rahmen festlegen und alles weitere der Entwicklung überlassen sollte²⁰. Daheim in Bonn präsentierte Erhard jedenfalls erneut sein Programm einer großen Freihandelszone, um »eine neue, fruchtbarere und freizügigere Form der europäischen Zusammenarbeit« aufzuzeigen, die anders als die bisherigen Planungen »nicht mehr mit dem gefährlichen Hang zum Perfektionismus belastet« sei. Der bisherige Ansatz sei zu ehrgeizig und kompliziert gewesen und zu einer Expertenangelegenheit verkommen, an der die Presse und die europäische Öffentlichkeit, insbesondere die Jugend, kaum Interesse gezeigt habe. Die europäische Aufgabe sei eine politische, wirtschaftliche und kulturelle; die europäische Integration dürfe daher nicht allein vom Wirtschaftlichen her ins Werk gesetzt werden, auch wenn das wirtschaftliche Programm »naturgemäß immer den Schwerpunkt der europäischen Integration bilden« müsse²¹.

Im Auswärtigen Amt regte sich massiver Widerstand gegen Erhards Vorschlag eines europapolitischen Kurswechsels. Das Ausland werde, so die Argumentation der Koblenzer Straße, eine Preisgabe der bisherigen Verhandlungsergebnisse als Absage Deutschlands an eine weitere europäische Integration verstehen. Bei Erhards Projekt einer Freihandelszone könnten ähnliche Schwierigkeiten auftreten wie bei den gegenwärtigen Verhandlungen. Im übrigen sei ein weiteres europapolitisches Engagement Großbritanniens nach einem Abbruch der Brüsseler Verhandlungen mehr als fraglich²². Wie das Auswärtige Amt hielt auch Adenauer am Messina-Projekt fest. Bei seinem denkwürdigen Paris-Besuch im Schatten der Suez-Krise machte ein deutsch-französischer Kompromiß den Weg für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluß in Brüssel frei²³.

Nolens, volens mußte Erhard sich mit der Tatsache abfinden, daß die neue Sechser-Gemeinschaft nicht mehr zu verhindern war. Allerdings sparte er weiterhin nicht mit Kritik an der geplanten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die er zumeist »kleineuropäische Inzucht« und »volkswirtschaftlichen

20 Vgl. *Carstens, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen*. Hrsg. von Kai v. Jena und Reinhard Schmoeckel. Boppard 1993, S. 204.

21 Vgl. Erhard: Entwurf eines Europäischen Programms«, 29.10.1956, in BAK N 1254 (Nachlaß Etzel), Bd. 84.

22 Vgl. Aufzeichnung von Ministerialdirigent Carstens, 29.10.1956, in BAK N 1254 (Nachlaß Etzel) sowie Brief von Brentanos an Adenauer, 29.10.1956, in BAK N 1254 (Nachlaß Etzel), Bd. 84.

23 Vgl. *Carstens: Eingreifen Adenauers; Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann*. München 1994, S. 298 ff.

Unfug« nannte²⁴. Kurz vor Unterzeichnung der »Römischen Verträge« ver-
glich Erhard auf der Frankfurter Frühjahrsmesse die EWG gar mit einem ge-
panzerten Automobil, das überdimensionale Bremsen, aber nur einen unter-
entwickelten Motor besitze und möglichst oft stehenbleibe²⁵.

Im Bundestag mußte der Bundeswirtschaftsminister allerdings für die Ver-
träge eintreten, die er im Grunde seines Herzens als Fehlentwicklung ansah.
Als »Bekenner Europas« und »besonders guter Europäer« habe er »auch ein-
mal eine kritische Sonde« an das Projekt angelegt. Erhard empfahl die An-
nahme der ungeliebten Verträge – aus politischen Gründen, denn durch den
Vertrag werde das Bewußtsein einer unlösbaren Schicksalsgemeinschaft ge-
schaffen. In ökonomischer Hinsicht, auch das wurde bei Erhards Rede deut-
lich, waren seine Bedenken aber keineswegs ausgeräumt. Angesichts der
Fortentwicklung der OEEC sei der Gemeinsame Markt im Grunde nicht nötig.
Zudem weise der EWG-Vertrag mit seiner Furcht vor Wettbewerb und seinen
vielen Ausweichklauseln noch immer zuviel »zaghaften Geist« und zuwenig
»europäische Gläubigkeit« auf. Es gelte, das Vertragswerk, bei dem »das
Gute und das Böse nahe beieinander« liege, im freiheitlichen Sinne auszuge-
stalten durch einen niedrigen Außenzoll, eine liberale Wirtschaftspolitik und
vor allem durch die Einbettung in eine möglichst rasch zu errichtende große
europäische Freihandelszone²⁶.

Mit anderen Worten: Für Erhard verkörperte die EWG keinen Selbstzweck,
sondern nur den Kern einer künftigen größeren Wirtschaftseinheit. Die Römi-
schen Verträge sah er nur als Auftakt, nicht als Abschluß der europäischen In-
tegration. Nicht dem inneren Ausbau der Gemeinschaft galt daher sein weite-
res Interesse, sondern dem Projekt der Freihandelszone als notwendigem Kor-
rektiv zur EWG²⁷. Diese Prioritätensetzung hatte Erhard schon am 12. Fe-
bruar 1957 zum Ausdruck gebracht, als er in bewußter Abwertung der weit
fortgeschrittenen Pläne für den Gemeinsamen Markt der Sechs die Aufnahme
von Verhandlungen über eine Freihandelszone im Rahmen der OEEC als »die
seit Jahren entscheidende politische und wirtschaftliche Initiative zur Integra-
tion Europas« bezeichnete²⁸.

24 Etwa am 27. Januar 1957 bei einer Veranstaltung des Institutes »Finanzen und Steuern« in Bad
Godesberg oder in der Bonner Universität am 20. Februar 1957. – Vgl. BAK N 1254 (Nachlaß
Etsel) Bd. 258. Dies führte dazu, daß der französische Botschafter beim Staatssekretär im
Bundeskanzleramt Globke vorstellig wurde. Die Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers
würden es erschweren, die Zustimmung der französischen Nationalversammlung für die Ver-
träge zu gewinnen. – Vermerk Globkes vom 16.03.1957, BAK B 136/1313.

25 Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. März 1957, S. 1.

26 Vgl. Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, 21.03.1956,
S. 11342 ff.

27 Vgl. *Loth: Deutsche Europa-Konzeptionen*, S. 599; *Groeben, Hans von der: Aufbaujahre der
Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische
Union (1958 – 1966)*. Baden-Baden 1982, S. 46, *Lukomski: Ludwig Erhard*, S. 175 f.

28 *Erhard, Ludwig: Erklärung vor dem Ministerrat der OEEC, Paris, 12.02.1957*, in: *Ders.: Ge-
danken aus fünf Jahrzehnten*, S. 486.

II) Erhard und das Projekt der Europäischen Freihandelszone (1957 – 1958)

Mit seiner Forderung nach Ergänzung der EWG um eine Freihandelszone (FHZ) fand Erhard breite Unterstützung bei der deutschen Exportwirtschaft, dem BDI²⁹ sowie bei sämtlichen Bundestagsparteien³⁰. Auch das Bundeskanzleramt³¹ und das Auswärtigen Amt³² standen dieser Idee offen gegenüber – zumindest anfänglich. Aber es war Erhard, der sich als der wohl entscheidendste und kontinuierlichste Befürworter der Freihandelszone profilierte³³.

Der vorliegende Beitrag kann nicht den komplizierten und schwerfälligen Gang der Freihandelszonen-Verhandlungen nachzeichnen³⁴. Die Erfolgsaussichten für die Große Europäische Freihandelszone waren jedenfalls von Anfang an eher gering³⁵. Tatsächlich scheiterte das Projekt im November 1958. Die gegensätzlichen Vorstellungen der beteiligten 17 Staaten waren einfach zu groß. Insbesondere Großbritannien und Frankreich vertraten in allen wesentlichen Fragen diametral entgegengesetzte Positionen, etwa in der Frage

29 Vgl. »Der Gemeinsame Markt. Eine Umfrage in der deutschen Wirtschaft«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.03.1957, S. 5 sowie *Bührer: BDI und Außenpolitik*, S. 260.

30 Ein Entschließungsantrag der CDU/CSU und DP im Zusammenhang mit der Ratifizierungsdebatte der Römischen Verträge vom 5. Juli 1957 forderte die Ergänzung der EWG um eine Freihandelszone. Dieses Ansinnen wurde auch von der FDP unterstützt, die ansonsten die Römischen Verträge ablehnte. – Vgl. *Koerfer: Kampf ums Kanzleramt*, S. 146; *Laitenberger, Volker: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*. Göttingen, Zürich 1986, S. 143.

31 Nach dem Besuch von Premierminister Macmillan Anfang Mai 1957 sprach das gemeinsame deutsch-britische Kommuniqué von der Notwendigkeit, baldmöglichst eine FHZ zur Ergänzung des Gemeinsamen Marktes zu errichten. – Vgl. *Müller-Roschach, Herbert: Die deutsche Europapolitik 1949 – 1977. Eine politische Chronik*. Bonn 1980, S. 70. Noch am 25. April 1958 stellte Adenauer vor dem CDU-Bundesvorstand fest, »daß die Schaffung dieser Freihandelszone eine Notwendigkeit ist.« – *Buchstab, Günther (Hrsg.): »... Um den Frieden zu gewinnen«: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957 – 1961*. Düsseldorf 1994, S. 116.

32 Vgl. Erklärung von Staatssekretär Hallstein, Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, 21.03.1957, S. 11333. Der Nachfolger Hallsteins und neue Staatssekretär im AA, Hilger van Scherpenberg, neigte als ehemaliger Leiter der handelspolitischen Abteilung im AA ohnehin mehr den Erhard'schen Auffassungen einer weltweiten Wirtschafts- und Währungsordnung und eines lockeren Zusammenschlusses in Europa zu. – Vgl. *Groeben: Aufbaujahre*, S. 47.

33 So der damalige dänische Außenminister Krag bzw. der Leiter des zwischenstaatlichen Komitees auf Ministerebene zur Bildung der Freihandelszone, Reginald Maudling. – *Krag, Jens Otto: Erhard und Dänemark*. In: *Schröder, Gerhard/ Müller-Armack, Alfred/ Hohmann, Karl (Hrsg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie*. Frankfurt u.a. 1972, S. 305 – 309 (S. 308); *Maudling, Reginald: Memoirs*, London 1978, S. 69.

34 Eine umfassende auf internationale Archivmaterialien gestützte Darstellung ist noch immer ein Forschungsdesiderat. Sehr informativ allerdings *Küsters, Hanns Jürgen: Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von EWG- und EFTA-Gründung 1956 -1958*. In: *Hudemann, Rainer/ Haelble, Hartmut/ Schwabe, Klaus (Hrsg.): Europa im Blick der Historiker*. München 1995, S. 203 – 239 und *Brenke, Gabriele: Europakonzeptionen im Widerstreit. Die Freihandelszonen-Verhandlungen 1956 – 1958*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 595 – 633.

35 So auch *Maudling: Memoirs*, S. 67.

der Einbeziehung von Agrarprodukten, der Ursprungsproblematik, und bei der Suche nach angemessenen Schutz- und Übergangsklauseln³⁶.

Hinter den Sachfragen stand letztlich ein Prinzipienstreit. Die britische Regierung wollte eine klassische, möglichst lockere Freihandelszone, um die soeben gegründete Sechsergemeinschaft aufzuweichen. Frankreich dagegen forderte eine weitgehende Übertragung des EWG-Vertrages auf den geplanten größeren Zusammenschluß³⁷. Den Deutschen blieb die schwierige, und letztlich unlösbare Aufgabe, zwischen diesen beiden Positionen zu vermitteln.

Dabei war die deutsche Haltung in sich selbst gespalten. Im schwelenden Streit um europapolitische Kompetenzen³⁸ wurden die Freihandelszonen-Verhandlungen zur Domäne des Bundeswirtschaftsministeriums³⁹. Dies wurde im Auswärtigen Amt mit zunehmendem Mißtrauen beobachtet. Dort gab man der Festigung des europäischen Blocks und der Zusammenarbeit mit Frankreich eindeutig den Vorrang vor außenwirtschaftlichen Überlegungen.

Erhard attackierte mehrfach mit großer Vehemenz diese als zu einseitig empfundene Parteinahme für Frankreich⁴⁰. Es werde für die Deutschen, so schrieb der entrüstete Wirtschaftsminister an Außenminister Heinrich von Brentano, »allmählich unwürdig, jedweden französischen Ansprüchen widerstandslos zu genügen. Es ist mir schon berichtet worden, daß sogar die Franzosen selbst darüber verwundert sind, wie leicht wir uns ihren Forderungen beugen.« Seinen als »Patenteuropäern«⁴¹ betitulten Gegenspielern im Auswärtigen Amt und in der EWG-Kommission⁴² warf er vor, ausschließlich auf die Sechsergemeinschaft als europäischen Königsweg zu setzen und die Freihandelszone als unvereinbar mit dem inneren Gefüge der EWG abzulehnen. So schrieb Erhard dem Bundeskanzler voll Ingrimm über den Lauf der Entwicklung:

36 Vgl. Küsters: Europapolitik, S. 213.

37 Ebenda, S. 222.

38 Dazu *Koerfer, Daniel*: Zankapfel Europapolitik. Der Kompetenzstreit zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium 1957/58. In: Politische Vierteljahresschrift 29 (1988), S. 553 – 568 und *Küsters, Hanns Jürgen*: Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949 – 1958. In: *Herbst, Ludolf/ Bühner, Werner/ Sowade, Hanno* (Hrsg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990, S. 335 – 370.

39 *Müller-Roschach*: Deutsche Europapolitik, S. 72.

40 Schreiben Erhards an von Brentano, 12.04.1957, in AdLES NE I 4(38). Ferner die Briefe Erhards an Adenauer, 03.09.1958 bzw. 11.11.1958, in AdLES NE I 1(6).

41 Brief Erhards an Adenauer, 03.09.1958, in AdLES NE I 1(6).

42 Der EWG-Kommission, die eher auf eine Festigung und den Aufbau der neuen Gemeinschaft als auf ihre sofortige Verwässerung oder Auflösung bedacht sein mußte, warf Erhard mangelndes Engagement für die FHZ vor. – Vgl. *Groebe, Hans von der*: Walter Hallstein als Präsident der Kommission. In: *Loth, Winfried/ Wallace, William/ Wessels, Wolfgang* (Hrsg.): *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*. Bonn 1995, S. 121 – 138 (S. 127). Ähnliche Anschuldigungen bei *Müller-Armack*: Auf dem Weg nach Europa, S. 211.

». . . Ich bin gegenüber ›Patenteuropäern‹ etwas skeptisch und das gerade deshalb, weil mir daran liegt, ein echtes europäisches Bewußtsein zu wecken. Eine Hybris der Sechs schiene mir aber das schlechteste Mittel zu sein, um die europäische Einheit herbeizuführen. Ich weiß sehr wohl, daß ich im AA allenthalben unter dem Verdacht stehe, die wirtschaftliche Seite der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft überzubewerten und deren politische Bedeutung gering zu schätzen. Ich versichere Ihnen, daß das völlig falsch ist, denn es sind fast nur politische Rücksichten bzw. Perspektiven, die mich veranlaßt haben, manches hinzunehmen, was volkswirtschaftlich bzw. wirtschaftspolitisch nicht zu vertreten ist. Was mich, wie ich Ihnen schon wiederholt sagte, erschreckt, ist jene Monomanie, die – so wichtig auch immer die Erhaltung oder Stärkung Frankreichs sein mag (Das ist auch meine Meinung) – doch jede außen- und wirtschaftspolitische Frage nur unter diesem einen Aspekt beurteilen möchte. Vor allem aber lehne ich es mit immer größerer Entschiedenheit ab, als ein ›schlechter Europäer‹ oder doch ein solcher minderer Güte charakterisiert zu werden, wenn ich daneben auch die wirtschaftliche Vernunft gewahrt sehen möchte.«⁴³

In einem weiteren Brief an Adenauer betonte Erhard, es sei irreführend, auf die angeblich für einen Beitritt offenstehende Tür zur EWG im Falle eines Scheiterns der Freihandelszone hinzuweisen. Die Schweiz, Schweden oder Österreich könnten sich aus Neutralitätsgründen der Gemeinschaft ebensowenig anschließen wie Großbritannien mit seinem Commonwealth. Falls die Freihandelszone scheitern und die Nicht-EWG-Länder einen wirtschaftlichen Gegenblock bilden würden, würde dies, so ließ Erhard den Bundeskanzler wissen, »für die Bundesrepublik und die deutsche Wirtschaft – nicht zuletzt aber für das soziale Sein des deutschen Volkes – geradezu eine Katastrophe bedeuten, die darum unter allen Umständen abgewehrt werden muß.«⁴⁴

Doch Erhards Appelle fanden bei Adenauer keine Resonanz. Ihm waren die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik ungleich wichtiger als wirtschaftspolitische Überlegungen⁴⁵. Angesichts wachsender Zweifel an den USA und des sich im Streit über die Entspannungspolitik und die Stationierungskosten für die Rheinarmee rapide verschlechternden deutsch-britischen Verhältnisses⁴⁶ lag dem Bundeskanzler besonders viel an einem guten Verhältnis mit Frankreich und zu dessen neuem Staatschef de Gaulle. Diese engen Beziehungen wollte Adenauer nicht durch ein besonderes Engagement für die Freihandelszone gefährden.

43 Brief Erhards an Adenauer, 03.09.1958, in AdLESt NE I(6).

44 Brief Erhards an Adenauer, 11.11.1958, in AdLES NE I(6).

45 Vgl. *Müller-Armack, Alfred*: Adenauer, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspolitiker. In: *Blumenwitz, Dieter u.a. (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. 1, Stuttgart 1967, S. 204 – 228.

46 Als besonders niederrätig empfand Adenauer Macmillans Versuch, Chruschtschows Berlin-Ultimatum als Hebel für deutsche Zugeständnisse in der Frage der FHZ zu benutzen. Vgl. *Schwarz, Hans-Peter*: *Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957 – 1963*. Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 100.

Anders Erhard. Obwohl er eine Abneigung gegen Ministerratsrunden hegte und sich bei solchen Sitzungen gewöhnlich von seinen hohen Beamten vertreten ließ⁴⁷, wollte Erhard im Herbst 1958 das Projekt retten durch ein persönliches Auftreten im Maudling-Komitee, jenem nach seinem englischen Vorsitzenden benannten zwischenstaatlichen Regierungsausschuß für die Freihandelszone. Das Zeichen, das er mit seinem außergewöhnlichen Auftritt zu setzen hoffte, fürchteten Bundeskanzler und Außenministerium⁴⁸. Kurzerhand untersagte Adenauer Erhard, nach Paris zu fahren⁴⁹ – die Verhandlungen über die Freihandelszone scheiterten⁵⁰.

Letzte Versuche des Wirtschaftsministeriums, eine Passage zugunsten einer Freihandelszone ins Schlußkommuniqué des nächsten deutsch-französischen Gipfels in Bad Kreuznach hineinzuschmuggeln, scheiterten an de Gaulle⁵¹, aber auch an der fehlenden Rückendeckung durch Bundeskanzler Adenauer. Der hatte wenige Tage später bei einer Rede vor dem CDU-Bundesparteiaus-schuß am 28. November 1958 nur noch Spott für die Freihandelszone übrig. Das Unglück bei der Sache sei gewesen, daß man die Regelung einer Angelegenheit, die primär eine politische und erst sekundär eine wirtschaftliche gewesen sei, allein den Wirtschaftlern überlassen habe. Dabei komme, so der Bundeskanzler mit einem unmißverständlichen Seitenhieb gegen Erhard und seinen Staatssekretär Müller-Armack, »nie etwas Vernünftiges heraus.«⁵² Auch die »pathetischen Vorwürfe«, die Erhard beim nächsten Ministerrats-treffen der OEEC-Ländern dem französischen Außenminister Couve de Murville zufolge gegen Frankreich erhob⁵³, änderten nichts an der Tatsache, daß die Freihandelszone und damit das in Erhards Augen vorzugswürdige europäische Projekt gescheitert war.

Mit Bildung der EFTA wurde die von Erhard so gefürchtete Spaltung des freien Europas in zwei rivalisierende Handelsblöcke Realität. Unablässig warb er für einen Brückenschlag zwischen beiden Organisationen und warnte davor, die EWG »als der Weisheit allerletzter Schluß« zu verste-

47 Bei den FHZ-Verhandlungen hatte diese Aufgabe bislang Müller-Armack, der neue Staatssekretär für Europäische Aufgaben im Bundeswirtschaftsministerium, übernommen. – *Müller-Armack*: Auf dem Weg nach Europa, S. 210; vgl. auch *Groebe*: Erlebnisse, S. 263, *Koerfer*: Zankapfel Europapolitik, S. 562; *Hentschel, Volker*: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München 1996, S. 320 f.

48 Vgl. Brief von Brentanos an Erhard, 10.11.1958, in BAK B 136/2597. Der Außenminister bat Erhard nachdrücklich, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen.

49 Brief Adenauers an Erhard, 13.11.1958, in AdLES NE I(6).

50 Vgl. die Erklärungen des französischen Informationsministers Soustelle und von Maudling vom 14. November 1958 in *Siegler, Heinrich (Hrsg.)*: Dokumentation der Europäischen Integration mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses EWG-EFTA. Bd. 1. Bonn, Wien, Zürich 1961, S. 215 f.

51 *Müller-Armack*: Auf dem Weg nach Europa, S. 119 f.

52 *Adenauer, Konrad*: Reden 1917 – 1967. Eine Auswahl. Hrsg. von *Hans-Peter Schwarz*, S. 390.

53 Vgl. *Couve de Murville, Maurice*: Außenpolitik 1958 – 1969. München 1973, S. 35.

hen⁵⁴. Sein gesamteuropäisches Credo faßte Erhard mit der Wunderformel »6 + 7 + 5 = 1« zusammen. Die EWG (das Europa der Sechs), die EFTA (das Europa der 7) und die fünf ungebundenen Nationen Griechenland, Türkei, Island, Irland und Spanien gehörten alle zusammen in ein größeres Europa, ein Europa der »Gleichen und Freien«⁵⁵.

III) Fazit

Abschließend wird man bezüglich Erhards Haltung zu den Anfängen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wohl fünf Punkte besonders hervorheben können.

- 1) Dem Globalisten Erhard war die Sechsergemeinschaft zu klein und zu eng. Ihr lag in seinen Augen stets die Gefahr inne, nach außen zu protektionistisch bzw. nach innen zu dirigistisch zu sein⁵⁶. Erhard bezeichnete sich selbst als »glühenden Europäer«, doch die EWG wurde nie seine Herzensangelegenheit⁵⁷. Für ihn war Europa stets mehr als die EWG. Heute hat sich noch mehr als vor 40 Jahren eine geistige Gleichsetzung von Europäischer Gemeinschaft und Europa vollzogen. Insofern läßt sich Erhard durchaus als »Euroskeptiker« bezeichnen⁵⁸.
- 2) Daß er aufgrund seiner kritisch-distanzierten Haltung zur EWG als »schlechter Europäer« galt, hat Erhard persönlich tief getroffen. Seine abweichenden europapolitischen Ansichten haben zudem seiner weiteren politischen Karriere geschadet. Adenauer war nun noch entschlossener, Er-

54 Vgl. Ludwig Erhard: Europäische Integration und atlantische Zusammenarbeit. Rede vor der Handelsschule in St. Gallen, 15.01.1962, in *Ders.: Wirken und Reden*. Ludwigsburg 1966, S. 166 – 185 (170); Die besonders aufsehenerregende Rede Erhards vor dem Centro Italiano di Studi per la riconciliazione internazionale in Rom, in der Erhard vor einer Mystifizierung der EWG warnte, und erneut die Notwendigkeit einer ergänzenden Freihandelszone einklagte, ist wiedergegeben in *Adenauer: Erinnerungen 1955 – 1959*, S. 520 ff.

55 Vgl. *Laitenberger: Erhard*, S. 145; *Lappenküper: Erhards Europapolitik*, S. 93.

56 Vgl. etwa die Kontroverse Hallstein-Erhard im Jahre 1962 über das Aktionsprogramm der EWG-Kommission zur Erreichung der zweiten Stufe. – *Erhard, Ludwig: Planification – kein Modell für Europa*. Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 20.11.1962. In: *Ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten*, S. 770 ff.; *Meyer-Cording, Ulrich: Planung oder Ordnungsdanken in Europa?* In: *Schröder, Gerhard/ Müller-Armack, Alfred/ Hohmann, Karl (Hrsg.): Ludwig Erhard: Beiträge zu seiner politischen Biographie*. Festschrift zum 75. Geburtstag. Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1972, S. 315 – 319; *Narjes, Karl-Heinz: Walter Hallstein in der Frühphase der EWG*. In: *Loth, Winfried/ Wallace, William/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*. Bonn 1995, S. 139 – 163.

57 Dabei sollte man jedoch nicht übersehen, daß sich Erhard später als Bundeskanzler mit großer Überzeugung für eine politische Weiterführung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingesetzt hat. – Siehe Redebeitrag von *Hans von der Groeben*, in: *Ludwig Erhard und seine Politik*. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bd. 13. Stuttgart, New York 1985, S. 124; *Lappenküper: Erhards Europapolitik*, S. 101 ff.

58 So *Schwarz, Hans-Peter: Ludwig Erhard – ein großer Unzeitgemäßer*. In: *FAZ* Nr. 27 (01.02.1997), S. 13-14.

hard als Kanzlernachfolger zu verhindern⁵⁹. Als ihm 1963 letztlich doch noch der Sprung ins Kanzleramt gelang, war Erhard durch den langen kräfteverzehrenden Nachfolgekampf bereits politisch schwer angeschlagen, so daß ihm als Regierungschef letztlich nur eine vergleichsweise kurze Amtszeit von drei Jahren verblieb.

- 3) Man kann Erhard vielleicht zu Recht vorhalten, zuwenig die über die rein wirtschaftlichen Aspekte hinausgehende Bedeutung der EWG gesehen und gewürdigt zu haben. Dieser Vorwurf ist gleichwohl zu relativieren. Als Wirtschaftsminister hatte er eine Politik zu vertreten, die seinen Erkenntnissen zufolge am besten dem Interesse des deutschen Volkes diene. Mit seiner Kritik an der Sechser-Gemeinschaft stand Erhard schließlich nicht allein, sondern erhielt Rückendeckung aus Kreisen der Industrie und von führenden Wirtschaftstheoretikern wie etwa Wilhelm Röpke, Friedrich August von Hayek oder Franz Böhm. Daß sich die Prognose, die EWG werde der Bundesrepublik mehr Schaden als Nutzen bringen, als falsch erwies, zeigt die Problematik, die jeder Wirtschaftsprognose inne liegt – das vielleicht auch als Randnotiz zur gegenwärtigen Debatte über die europäische Währungsunion.
- 4) Ist Erhards Einfluß auf die Entstehung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft insgesamt nur ein destruktiver und letztlich irrelevanter geblieben? Eine solche Behauptung wäre sicherlich falsch. Mit seinem steten Drängen hat Erhard zu einer liberalen Ausgestaltung der EWG beigetragen. Insbesondere die Wettbewerbspolitik spiegelt Erhard'sches Gedankengut wieder. Erhard hat später einmal erklärt, diese Wettbewerbsvorschriften habe er selbst schreiben können⁶⁰. Heute ist die Europäische Gemeinschaft ein wirtschaftlich erfolgreiches Modell mit internationaler Anziehungskraft. Dies führt zum fünften und letzten Punkt.
- 5) In vielem gilt der Politiker Ludwig Erhard heute als ein »großer Unzeitgemäßer«⁶¹. In einem Punkte aber ist Erhard höchst aktuell. Mit seinem beharrlichen Drängen auf Öffnung und Erweiterung der EWG engagierte sich Erhard schon früh gegen eine Tendenz, die noch heute unter dem Schlagwort »Festung Europa« auf der politischen Tagesordnung steht. Angesichts vergangener und künftiger Erweiterungsrounden der Europäischen Gemeinschaft darf es wohl als bleibendes staatsmännisches und eu-

59 Vgl. *Koerfer*: Kampf ums Kanzleramt, S. 134 und passim; *Müller-Armack*: Auf dem Weg nach Europa, S. 97 f.

60 Vgl. *Groeben*: Aufbaujahre der EWG, S. 62; *Ders.* In: Ludwig Erhard und seine Politik. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bd. 13. Stuttgart, New York 1985, S. 124; *Götz*: Wettbewerb und Integrationspolitik, S. 284; *Müller-Armack*: Auf dem Weg nach Europa, S. 114.

61 So *Schwarz*: Ludwig Erhard – ein großer Unzeitgemäßer. In: FAZ Nr. 27 (01.02.1997), S. 13 f.

ropäisches Verdienst Erhards gelten, den Zusammenschluß eines umfassenderen freien Europas vorgedacht und damit den Weg für eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft geebnet zu haben⁶².

62 Dies erkannte 1972 schon *Karl-Günther von Hase*, der ehemalige Leiter des Presse- und Informationsamtes unter Adenauer und Erhard. *Ders.:* Ludwig Erhard – ein unermüdlicher Kämpfer für die Stärkung Europas. In: *Schröder, Gerhard/ Müller-Armack, Alfred/ Hohmann, Karl (Hrsg.):* Ludwig Erhard: Beiträge zu seiner politischen Biographie. Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1972, S. 292 – 302 (301).